

IV. Erich Raab, München:

Mobile Freizeitpädagogik - Hilfe für Jugendarbeit
und Schule?

Aus Zweifeln an meiner Zuständigkeit heraus, zu dem Tagungsthema ein kompetentes Urteil abgeben zu können, habe ich das Thema zunächst für mich zurecht gebogen, und mich dann entschlossen, den Versuch zu wagen, einfach aus dem Stand heraus auf das Stichwort zu reagieren, und es dabei skrupellos in den eigenen Arbeitszusammenhang hinein zu phantasieren, bzw. aus ihm heraus dazu zu assoziieren. Dieser Arbeitszusammenhang, vorweg, ist kein praktisch-pädagogischer, es ist ein institutioneller schulentwicklungspolitischer und jugendhilfepolitischer. Ich arbeite im Deutschen Jugendinstitut, einem praxisorientierten Sozialisationsforschungsinstitut. Im Wesentlichen sind es zwei Felder, in denen ich zu Hause bin und eine Einordnung des Themas versuchen kann:

1. habe ich einen gewissen Überblick über die Entwicklung der Jugendarbeit, die Auseinandersetzungen um Jugendzentren und offene Jugendarbeit und die jüngsten politischen Kontroversen konkret um die Münchner Jugendfreizeitheime.
2. arbeite ich in einem Projekt über Schulsozialarbeit, in dem bundesweit Versuche der Integration bzw. Kooperation (manchmal auch Konfrontation) zwischen Schule und Einrichtungen und Maßnahmen außerschulischer Träger der Jugendarbeit untersucht und auch unterstützt werden.

1. Unterstützung stationärer Freizeitpädagogik

Als vor ein bis zwei Jahren die offene Jugendarbeit in München in Gestalt der in den über 40 vom Kreisjugendring verwalteten städtischen Freizeitheimen praktizierten Freizeitpädagogik politisch angegriffen und dabei auch fachlich angezweifelt wurde, waren die Heime, ihre Pädagogen und der Kreisjugendring nicht nur zum politischen Widerstand genötigt, sondern auch aufgefordert, sich fachlich wieder einmal neu auszuweisen. Bei vorbehaltloser Unterstützung der Arbeit und der Konzeptionen der offenen Münchner Jugendarbeit im Grundsätzlichen wurden dabei auch bei ihren Vertretern - und ich halte dies nur für natürlich - in diesem oder jeden Fall Entwicklungen festgestellt, Beobachtungen gemacht, die widersprüchlich waren und korrekturbedürftig erschienen.

Eine solche Beobachtung, so schien mir und daran will ich anknüpfen, war, daß bei aller propagierten Offenheit der pädagogischen Arbeit und Angebote sich tendenziell immer einmal wieder eine institutionelle Abgeschottetheit der Heime einzustellen schien - nicht so sehr in dem Sinne, daß ein fester Besucherstamm dominierte, sondern eher indem sich eine spezifische pädagogische Binnenkultur durchsetzte, die allmählich eine Welt für sich wurde ohne Austausch mit anderen "Kulturen", ohne Beziehung zum örtlichen gemeindlichen Umfeld, zu benachbarten Schulen und anderen Einrichtungen.

Wir haben damals angeregt, daß der Kreisjugendring und die Freizeitpädagogen in den Heimen über der Überdenkung ihrer Arbeit dieser Beobachtung Rechnung tragen sollten. Sie sollten ihre Heime weniger als isolierte nur auf erfolgreichen innerhäuslichen Betrieb bedachte Einrichtungen begreifen, sondern sie auch als Bestandteile einer lokalen Infrastruktur vielfältiger Freizeit- arbeits- und Jugendsozialarbeitsmaßnahmen sehen. Wir wußten damals nicht viel darüber, wie dies anzustellen ist. Heute frage ich, ob nicht mit Hilfe eines mobilen kultur- und freizeitpädagogischen Dienstes, den ich nicht als Konkurrent, sondern als unterstützenden Partner der stationären Freizeitpädagogik verstehe, eine weitere Öffnung der Heime möglich ist. Dabei erscheint beides sinnvoll: direkte, ambulante, korrigierende Einflußmaßnahme auf die pädagogische Kultur des Heimes von außen durch kulturpädagogische Aktionen im Heim und Transportation der Aktivitäten der Heime nach außen durch Beteiligung an außerhäuslichen kultur- und freizeitpädagogischen Programmen im Stadtviertel.

2. Öffnung stationärer Einrichtungen

Öffnung der Einrichtungen ist auch das Stichwort für den zweiten Komplex: Schulsozialarbeit, Sozialpädagogik und Schule, Sozialpädagogik in der Schule, Freizeitbereich, außerunterrichtlicher Bereich in der Ganztagschule. Mit Versuchen einer besseren pädagogischen Ausgestaltung der Zeit außerhalb des Unterrichts (und zuweilen auch rückwirkend auf den Unterricht selbst) wird insbesondere seit der gestiegenen Nachfrage nach Ganztagsunterbringung von Schulkindern bundesweit experimentiert. Mit den wenigen Ausnahmen einiger bekannter niedersächsischer Ganztagsgesamtschulen, in der professionelle Freizeitpädagogen einige elaborierte Konzepte durchgesetzt haben, ist dieser Sektor, insbesondere wenn man den Hort als schulergänzende Einrichtung hinzuzählt, derzeit pädagogisches Entwicklungsland. Ich frage: Könnten dezentrale kultur-

und freizeitpädagogische Angebote hier nicht als Entwicklungshelfer wirken? Ist es wirklich notwendig, daß eine Sozialpädagogin einer Münchner Tagesheim-schule erst Straßenfeste in verschiedenen Stadtvierteln abklappern muß, um dann auf eigene Initiative von Zeit zu Zeit gegen Kostenerstattung geeignete Aktionisten und Künstler in ihre Einrichtung zu holen? Muß die Mitwirkung einer Schulklasse oder einer Hortgruppe an einem Straßenfest im Stadtviertel wirklich die Ausnahme sein?

3. Zusammengefaßte Perspektive: nicht Konkurrent sondern Partner

Mit Hilfe mobiler freizeitpädagogischer Aktionen und Programme kann die durch die institutionellen Gegebenheiten der stationären Einrichtungen oft restringierte innerhäusliche Pädagogik dieser Einrichtungen (Jugendfreizeitstätten, Horte, Schulen) belebt werden, von Zeit zu Zeit neue Impulse bekommen. Gleichzeitig kann durch Aufforderung zur Teilnahme an außerhäuslichen Aktivitäten ein Beitrag zur Öffnung der Schulen und Freizeitstätten geleistet werden. Schließlich sei auf den besonderen freizeitpädagogischen Fortbildungseffekt solcher Aktivitäten auch für die in den Institutionen tätigen Pädagogen hingewiesen.

Trotz aller positiv skizzierter Perspektiven und Ko-operationsempfehlungen darf man den Stellenwert der mobilen Freizeitpädagogen aber nicht überschätzen. Ich habe darauf hingewiesen: nicht Konkurrent sondern Partner sollte sie sein. Gerade gegenwärtig muß man dabei sehr aufpassen, um nicht mißbraucht, ausgespielt zu werden und den Beifall von der falschen Seite zu bekommen. Die Verbindung bestimmter ideologischer beispielsweise einseitiger schulkritischer Positionen mit derzeit populären Haushalts- und Sparargumenten könnte beispielsweise zur Forderung führen: dezentrale freizeitpädagogische Programme statt Jugendzentren, statt Hortplätzen, statt Ganztagschulen. Ich meine, man muß sich bewußt bleiben, der Stellenwert solcher mobilen kurzfristigen Aktivitäten kann immer nur ein sekundärer, ein die institutionalisierten Maßnahmen vor allem qualitativ- und spezifisch qualitativ sein. Die Schule hat immer auch noch andere Funktionen, beispielsweise die der Qualifizierung, die Jugendzentren und Kindertagesstätten beispielsweise die der Jugendsozialarbeit. ¹Dafür kann die mobile Freizeitpädagogik kein Ersatz sein. Deshalb müssen bei allen vernünftigen Konzepten dezentraler Angebote die Probleme damit möglicherweise verbundener gesellschaftlicher

Ungleichheit, die Gefahren neuer Chancenungleichheit immer mitbedacht werden; sie müssen besonders sorgfältig mitbedacht werden, angesichts der gegenwärtig neu und allumfassend aufgeflammten Debatte um unseren Sozialstaat und um sozialstaatliche Leistungen. Voraussetzung für erfolgreiche mobile pädagogische Aktionen ist ein modernes durch die "stationäre" Schule gewährleistetes Bildungsangebot ebenso wie die sozialpädagogisch qualifizierten, sozialpolitisch verantwortlichen und sozialstaatlich garantierten Jugendhilfeleistungen in Jugendfreizeitstätten und Heimen.

Neue Westfälische 7. Dezember 1982

„Recht des Kindes auf Spiel“ gesetzlich verankern

ABA-Tagung in der Universität

Praktiker fordern Argumentationshilfen von den Wissenschaftlern

Bielefeld (Klo). Für eine gesetzliche Verankerung des „Rechtes des Kindes auf Spiel“, wie es in der UNO-Charta gleichrangig neben dem Recht auf Erziehung festgeschrieben ist, haben sich am Wochenende die Teilnehmer einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft Abenteuer, Bau- und Aktivspielplätze Nordrhein-Westfalen e. V. (ABA) ausgesprochen, die in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Freizeitpädagogik und Kulturarbeit“ der Fakultät für Pädagogik der Universität durchgeführt wurde. 42 Mitarbeiter von pädagogisch betreuten Spielplätzen, Spielmobilen, Jugendämtern und freien Trägern aus fünf Bundesländern sowie Wissenschaftler und Studenten waren zusammengekommen, um sich unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Nahrstedt mit der Frage „Zukunft von Spielräumen – Spielräume ohne Zukunft?“ auseinanderzusetzen.

Wie aus vielen Diskussionenbeiträgen hervorging, ist die offene Kinderarbeit auf Spielplätzen und mit Spielmobilen in zahlreichen Städten gefährdet. Sie ist eine freiwillige Leistung der Kommunen,

und darum wird in Zeiten knapper Finanzen an dieser Stelle besonders oft der Rotstift angesetzt. Die Tagungsteilnehmer forderten an der Universität Bielefeld eine Art „Notrufzentrale“ zu schaf-

fen, an die sich die Spielplatzmitarbeiter wenden können, wenn es vor Ort Probleme gibt.

Für sich selbst stellten sie fest, daß es zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen der stationären Freizeitpädagogik auf den Spielplätzen und der mobilen Freizeitpädagogik der Spielmobile kommen müsse. Beide Formen hätten ihre starken Seiten und könnten sich ausgezeichnet ergänzen. Das Spielmobil sei in der Lage, neue Spielideen einzubringen und gleichzeitig Mitarbeiterfortbildung zu betreiben. Die Spielplätze hätten dagegen den Vorteil einer festen Kindergemeinde und des Eingebundenseins in eine Nachbarschaft.

Bei einem guten Zusammenwirken

von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern – so wurde festgestellt – könne ein Aktivspielplatz zu einem wichtigen Element von Stadtteilarbeit werden. Darum gelte es, bewußt Eltern zur ehrenamtlichen Mitarbeit heranzuziehen – zumal diese in einer Zeit zunehmender Freizeit auch mehr Gelegenheit zum Mitmachen hätten. Dann könne man sich in Notfällen auch darauf verlassen, daß sich die Bewohner eines Stadtteils für „ihren“ Spielplatz und seinen Fortbestand einsetzten.

An die Wissenschaft erging von seiten der Spielplatzpraktiker die Bitte, verstärkt für Argumentationshilfen zu sorgen. So müsse z. B. durch Grundlagenforschung mehr über die Situation der

Kinder ausgesagt werden. Außerdem ständen da noch Fragen offen, wie „Was kann offene Kinderarbeit leisten?“ oder „In welcher Form sollte offene Kinderarbeit betrieben werden?“ Auch in den Pädagogikstudiengängen müsse der offenen Kinderarbeit künftig mehr Raum gegeben werden.

Daneben dürfe aber keineswegs das Gespräch mit den Politikern und den Planern vergessen werden. Wenn eine neue Siedlung einschließlich Umfeld gut geplant werde – verkehrsfrei mit Kommunikationsräumen und mit für Eltern einsehbaren Spielflächen – so gäbe es dort weniger Probleme, und pädagogische Arbeiten lasse sich entschieden leichter gestalten.